

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 7-8

Artikel: Die Geschichte des "Mr. 60 Prozent"
Autor: Mahn, Christina
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338123>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tralität hatte durchaus ihre Daseinsberechtigung, als der Nationalismus unseren Kontinent zerriss. Jetzt aber sollte sich die Schweiz nicht mehr an Mythen der Vergangenheit klammern, sondern ihre Strukturen überprüfen, sich zu einer modernen Demokratie entwickeln und teilnehmen am Aufbau der Europäischen Gemeinschaft. Die Schweiz könnte gerade hier wegen ihrer föderalistischen Struktur ihren spezifischen Beitrag leisten.

«*Du Bonheur d'être Suisse sous Hitler*» ist ein mutiges Buch. Es beruht — ein Blick auf die Bibliographie beweist dies — auf eingehender und seriöser Dokumentation. Der Autor hat umfangreiches Archivmaterial, zahlreiche offizielle Rapporte und Zeugenaussagen sowie die einschlägige Literatur verarbeitet. Es geht ihm nicht nur um eine sterile Analyse der Vergangenheit. Das Buch ist geprägt vom persönlichen Engagement des Autors, der sich nicht mit einer differenzierten, aber unverbindlichen Darstellung der Tatsachen zufriedengibt, sondern sich nicht scheut, moralische Werturteile auszusprechen. Seine Darstellung wird so zu einem Aufruf, unsere Gegenwart und unsere politische Zukunft nicht nur zu erleiden, sondern persönlich in die Hand zu nehmen.

Christina Mahn

Die Geschichte des «Mr. 60 Prozent»

Unsere Mitarbeiterin Christina Mahn, Redaktorin beim «Vorwärts», Bad Godesberg, verbrachte jüngst eine längere Studienzeit in Amerika und ist daher in der Lage, aus eigenem Erleben heraus zu schreiben. Dass ihr Bericht von besonderer Aktualität ist, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Red.

Amerikas Neger haben durch ihre Arbeit dazu beigetragen, die USA wirtschaftlich und kulturell zu dem zu machen, was sie heute darstellen. Auf einem dornenvollen Weg haben sie sich — mit der Unterstützung verantwortungsbewusster Weisser — ein gewisses staats- und gesellschaftspolitisches Terrain erobert. Zwischen dieser theoretischen Integration und der Praxis des Alltags klaffen jedoch Unterschiede, die manchmal unüberbrückbar erscheinen. Auf der einen Seite stehen die Menschen, die nicht nur die Pflichten eines US-Bürgers haben wollen; auf der anderen Weisse, denen die Geschichte ein Erhabenheitsgefühl anerkennen hat, das sie so schnell einfach nicht ablegen können. So werden immer Emotionen mitspielen, wenn es um die wirkliche Integration des «Mr. 60 Prozent» in die amerikanische Gesellschaft geht.

Als die Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika geschrieben wurde, besagte Artikel 1, Absatz 2, Paragraph 3, zur Festsetzung der direkten Steuern und der Abgeordnetenzahl für das Repräsentantenhaus, dass die Sklaven und alle sonst nicht besteuerten Indianer als drei Fünftel einer Person zu behandeln seien. Alle Neger und die «Rothäute», auf die diese Bestimmung zutraf, waren also — 1787 juristisch fixiert — nur 60 Prozent eines «normalen» amerikanischen Bürgers. Inzwischen hat sich «Mr. 60 Prozent» eine Position erobert, die von den Weissen Amerikas als integriert bezeichnet wird. Der Weg bis heute war mühsam. Mit der Proklamation der Sklavenbefreiungsakte durch Präsident Abraham Lincoln im September 1862 wurde ein bedeutsamer Schritt getan. Wie schwierig das Vorhaben war, zeigt allein die Geschichte dieser Akte. Lincoln verfügte — wie er selbst zugibt — auch unter dem Druck des Bürgerkrieges die menschliche Hundertprozentigkeit der Sklaven mit Wirkung vom 1. Januar 1863. Bis der Kongress die Akte, mit der man den Idealen der Präambel näherkommen wollte, ratifizierte, wurde es Dezember 1865.

Interessant ist es, sich den «technischen» Ablauf dieser menschlichen Gleichstellung vor Augen zu führen. Die amerikanische Regierung beschloss, jedem Sklavenhalter sein Eigentum abzukaufen, da das Gesetz sonst einer Art von Enteignung gleichgekommen wäre. Der District of Columbia, der Bezirk der Hauptstadt Washington, ging mit «gutem» Beispiel voran und bezahlte jedem Sklavenhalter pro arbeitsfähigen Neger eine Abfindung von 300 Dollar. Im Baumwollkönigreich des Südens jedoch wurde damals ein kräftiger Neger mit 1500 Dollar auf dem Sklavenmarkt gehandelt. Man kann sich vorstellen, wie der Süden auf diesen Besitzschwund reagierte! 4000 Familien teilten sich zu dieser Zeit den Landbesitz der Südstaaten. Man war es gewohnt, seinen persönlichen Besitzstand mit dem Flächenmass Acres und der Sklavenzahl anzugeben.

Nach 78 Jahren verfassungsmässiger Sechzigprozentigkeit war der Neger 1865 also ein Mensch geworden. Weit entfernt allerdings davon, auch die Staatsbürgerrechte eines anderen Amerikaners zu haben. Er konnte zum Beispiel seine Kinder nicht zur Schule schicken, konnte sich seinen Wohnsitz nicht frei wählen und durfte — vor allem — keinerlei Wahlrecht ausüben.

Heute, im Jahre 1969, ist es ihm erlaubt, zu allen Wahlen zu gehen. Freilich hat er beim Registrieren, einer Art von demokratischer Vorübung für den US-Bürger, der seine Stimme abgeben will, auch heute noch Schwierigkeiten. Doch sind diese Diskriminierungen durch das energische Eingreifen der Nationalgarde in der jüngsten Vergangenheit weitgehend eingedämmt worden oder nur noch auf den ganz finsternen Süden beschränkt. Der Farbige kann seine Kinder in die Schulen schicken, die auch weisse Eltern bevorzugen. Durch Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes der USA ist den Weissen auch jede Diskriminierung von farbigen Wohnungssuchenden untersagt worden.

In allen Kriegen, die von der amerikanischen Armee ausgefochten wurden, hat «Mr. 60 Prozent» einen Soldatenprozentsatz gestellt, der in krassem Gegensatz zu den etwa elf Prozent seines Bevölkerungsanteiles gestanden hat. Diese Tatsache führte lange nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Druck der Organisation für die Gleichstellung der Farbigen hin zu der Gleichstellung von Weissen und Schwarzen in der «Schule der Nation». Zuvor hatte es «spezielle» schwarze Regimenter gegeben, schwarze Toiletten auf dem Kasernenhof. Nur im Tode waren die Bürger Amerikas gleichberechtigt gewesen. In Vietnam waren im Januar 1966 — laut «New York Times» — knapp 30 Prozent der kämpfenden Amerikaner Farbige gewesen!

An den Arbeitsplätzen des Landes ist der Neger, der auch heute noch gegen das Image, der «boy» der Nation zu sein, kämpft, gleichberechtigt. Doch — wie die jüngste Entwicklung zeigt — auch nur auf dem gedul-digen Gesetzespapier. Veranlasste doch die Situation der Farbigen auf dem Arbeitsmarkt — und besonders bei der Suche einer Beschäftigung — Se-nator Edward Kennedy zu einer Untersuchung der Verhältnisse. Was Ken-nedy vor allem bemängelt, ist die Tatsache, dass in Betrieben, die von der Regierung Aufträge erhalten haben, Neger gesetzeswidrig behandelt wer-den — oder aber gar nicht erst eingestellt werden. Die öffentlichen An-hörungen, die Kennedy plant, werfen schon jetzt im Vorbereitungsstadium einen Schatten auf die perfekte Demokratie, wie sich Amerika gern selbst zu nennen pflegt.

Der «heisse Sommer», um dieses in Europa abgedroschene Schlagwort für den amerikanischen Rassenkonflikt mit seinen Krawallen in der war-men Jahreszeit zu gebrauchen, hat in diesem Jahr im Frühling angefangen. Die Flitterwochen für die Regierung Nixon waren am 4. April vorbei. «Black Easter» — schwarze Ostern — zur Erinnerung an Dr. Martin Luther King hatten die Plakate der friedlichen Bürgerrechtsbewegung Southern Christian Leadership Conference (SCLC) in Atlanta verkündet. Kings Nachfolger Abernathy kämpft um die Zusammenlegung aller Or-ganisationen, die unter dem Schlagwort «Black Power» arbeiten. Vielen Neger, wie einem radikalen Führer der Schwarzen Panther (Carmichael), ist er durch sein friedliches Gewaltlosigkeitsprinzip nicht «effektiv» genug. In den Vereinigten Staaten selbst gibt es etwa 200 Definitionen des Begriffes von der schwarzen Macht. Jedes Grüppchen, das sich zusam-mentut, um gegen Missstände in seinem persönlichen Bereich zu demon-strieren, entwirft sein eigenes Konzept von «Black Power», organisiert seine eigenen Protestmärsche meist auf lokaler Ebene. Und oft ist es die menschliche, unvorhergesehene Reaktion der Weissen auf diese Suche nach Selbstidentifizierung der Schwarzen, die das Fass «Rassenintegration» zum Explodieren bringt. Dr. Martin Luther King, der am 4. April 1968 in Memphis ermordet wurde, war auf eine unvorstellbare Weise bei einem Grossteil der amerikanischen Nation geschätzt und beliebt. Bei Weissen und

Schwarzen. Psychologen versuchen noch heute, dieses Phänomen zu ergründen. Sie stellen dabei fest, dass er mit seinem Gewaltlosigkeitsprinzip im Stile Gandhis eine Garantie für die friedliche Lösung der Rassenfrage darstellte, die sich vor allem die Gutwilligen unter den Weissen erträumten. Seine Freundschaft zu Weissen, die sich sonst mit keinem Neger an einen Tisch gesetzt hätten, führen manche darauf zurück, dass Dr. King in die Gesellschaft Amerikas integriert war, sozusagen en vogue war, und obendrein noch Friedensnobelpreisträger von 1964!

In die Fussstapfen eines solchen Mannes zu treten, scheint unmöglich, da sie kein Farbigenführer so schnell wird ausfüllen können. Mit dem Namen Dr. Kings verbindet sich das Recht, zu wählen, das in Selma erkämpft worden war. Das Recht, sich neben einen Weissen zu setzen — in 150 Städten des amerikanischen Südens —, das der Omnibusfahrerstreik von Montgomery, Alabama, brachte, den Dr. King — damals noch fast namenlos — friedlich zum Erfolg brachte. Auch Reverend Ralph Abernathy wird nicht so schnell als King-Nachfolger von Weissen und Schwarzen akzeptiert werden. Er hat inzwischen die Christliche Führungskonferenz des Südens — SCLC — weiter zu einer straffen Organisation ausgebaut, die Zweig- und Beratungsstellen in allen Teilen des Landes hat.

In einem Essay zum Todestag Dr. Kings versuchte das «Time»-Magazin die eigentlich führungslose Farbigenbewegung zu analysieren.

Das amerikanische Nachrichtenmagazin stellt die Frage, ob King heute eigentlich mehr von den Weissen Amerikas oder von den Farbigen vermisst werde. Es stellt fest, dass seine Philosophie, seine anfängliche Wut in visionäre «Phrasen» überging, die in den stereotypen Satz «Ich habe einen Traum» gipfelten. «Time» glaubt feststellen zu müssen, dass Martin Luther Kings Stellung unter den Negern Amerikas angefochten war, da sich die Philosophie der Neger geändert hatte, die von King jedoch gleich geblieben war. Der Hauptgrund des gewaltlosen Kreuzzuges sei die Integration in den Schulen und öffentlichen Einrichtungen gewesen, in der Gleichstellung bei Wahlen, in allen Bürgerrechten. Doch die brutalen Umstände des alltäglichen Lebens habe auch King nicht ändern können.

Wie dem auch sei. Viel Wahrheit scheint in dem zu stecken, was der Attorney General des Staates Georgia, Howard Moore, sagte: «Niemand kann seinen Platz einnehmen. Wenn Gott fort ist, sagt man nicht, dass ein Vakuum besteht. Man sagt, Gott ist gegangen.»

In einem Interview, das Kings Nachfolger in der SCLC, Ralph Abernathy, der Verfasserin für die sozialdemokratische Wochenzeitung «Vorwärts» gab, erklärte er, die einzige Hoffnung für die Farbigen liege in einem schwarzen Sozialismus. «Meine Brüder und ich — ich meine damit nicht nur die Neger Amerikas, sondern alle Armen dieses Landes, sind es leid, die Objekte von Studiengruppen der Kommunal- und Bundesbehörden zu sein.» Abernathy sagt das zu der Arbeit einer der vielen Untersuchungsausschüsse über «Hunger und Armut» in seinem Vaterland und fährt

fort: «Dieses Land hat die Mittel, insgesamt 25 Milliarden auszugeben, um einen Mann auf dem Mond spazierengehen lassen zu können. Es hat statistisch berechnen lassen, wie teuer und damit wertvoll ein toter Vietkongsoldat ist. Die Regierung in Washington hat aber keine Mittel, um 50 Dollar auszugeben, die manchem Neger die Gründung einer Existenz ermöglichen würden.»

Abernathy glaubt nicht, dass die Ermordung von Martin Luther King das Gewissen der amerikanischen Nation aufgerüttelt hat. «Viele fühlten sich schuldig. Aber sobald man seinen Alltag lebt, vergisst man alle seine Schuldgefühle.»

Unzufrieden sind die Farbigen Amerikas auch mit dem Ausgang, den das Verfahren gegen James Earl Ray, den Mörder Kings, genommen hat. Abernathy und die Witwe, Coretta King, hatten seit dem 15. Januar gewusst, dass Ray sich vor Gericht schuldig bekennen würde, um seinen Kopf zu retten und ein «Lebenslänglich» einzuhandeln. Abernathy hatte diesem juristischen Trick des Mörders zugestimmt, weil er und King die Todesstrafe immer abgelehnt hatten. Er habe aber nicht gewollt und gewusst, dass mit diesem Bekenntnis der Fall Ray abgeschlossen, dass alle Beweise, die in Richtung Verschwörung deuten, so schnell vom Tisch des Gerichtes in Memphis gefegt werden würden. Ray, so sagt er, war nur der Finger einer Hand, ein gedungener Mörder. Und Abernathy rechnet mit einem Attentat auf jeden, der den Traum der Farbigen zu verwirklichen sucht, der zu einem Licht im Dunkel ihrer Verzweiflung werden könnte. Auch die Attentate auf John und Robert Kennedy sieht er in diesem Zusammenhang.

Auf die Frage, warum er die militante Negerbewegung um Carmichael ablehne, warum er die Rückwendung nach Afrika nicht wolle, sagt Abernathy: «Ich lehne es ab, eine militante Bewegung zu unterstützen, weil ich gegen Gewalt bin. Ich muss aber feststellen, dass ich meine militanten Brüder verstehen kann. Die Vertreter der nackten Gewalt, der Gewalt schlechthin, sind für den ganzen Problemkomplex in der Regierung der Vereinigten Staaten zu suchen und zu finden. Black Power, die schwarze Macht, die Carmichael und die Black Panther verwirklicht wissen wollen, lehne ich total ab, weil sie zur Segregation führt. Zur Bildung eines Staates im Staate. Viele meiner Brüder tragen afrikanische Gewänder, afrikanische Perücken, die führen damit das «black is beautiful», das den Stolz der Neger auf ihre Rasse und Abstammung wecken soll, ad absurdum. Meine Brüder müssen die Selbstidentifizierung als schwarze Amerikaner lernen. Wir haben mit den Weissen dieses Landes Seite an Seite in allen Kriegen gekämpft. Wir haben eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Kultur, haben gemeinsame Verpflichtungen unserem Lande gegenüber. Wir müssen — das ist die logische Konsequenz — auch gleiche, gemeinsame Rechte haben.» Ralph Abernathy würde einen eigenen Staat für seine Brüder ablehnen, den sich manche Farbigenführer erträumen. «Er wäre nur ein grösseres Ghetto. Ich würde sogar Texas nicht nehmen.

Und das ist der grösste Staat.» Zu den Unruhen und Krawallen, die sich Jahr für Jahr, Sommer für Sommer, in den amerikanischen Städten abspielen, meint Abernathy: «Für King und mich war die Gewaltlosigkeit eine Philosophie. Ich kann aber meine Brüder nicht daran hindern, ein Geschäft zu plündern, in dem sie als ‚Abfall‘ der Bevölkerung schlechtere Lebensmittel zu überhöhten Preisen bekommen haben. Als die Mitglieder der Christlichen Führungskonferenz des Südens das Wort ‚frustriert‘ zu gebrauchen begannen, machte King seine Organisation zu einer politischen Macht des ganzen Landes. Wir wollen keinen Krawall, aber wir scheuen uns auch nicht, nach Washington zu marschieren, dort unsere Armenstadt aufzubauen und den Verkehr zu blockieren. Wir wissen, dass wir von keiner Regierung etwas zu erwarten haben, aber wir wollen Druck auf die Öffentlichkeit ausüben. Wir wissen nämlich, dass wir die Guten dieses Landes und aller Welt aufrütteln. Die Demokratie im kleinen sieht so aus, dass eine hungernde Familie keine Wohlfahrtsunterstützung bekommt, wenn der Mann daheim ist. Doch finden die meisten Männer keine Arbeit . . .

Die Welt kennt die Fälle, die sich ereigneten, nachdem wir in Selma das Wahlrecht erzwungen hatten. Man muss sich hierzulande registrieren lassen, ehe man das Wahlrecht ausüben kann und auf die Wählerlisten gesetzt wird. Und mancher Neger geht nicht zum Registrieren — aus Scham, aus Angst, letzten Endes aus der ganzen bitteren Erfahrung seines Lebens. Mein Traum für Amerika ist die Verwirklichung eines schwarzen Sozialismus. Ich glaube an ihn. Wir wollen einen reichen Staat, wohlhabende Gemeinden, an deren Besitztum jeder teilhaben kann. Die Armen müssen organisiert werden in Gewerkschaften. Tausende arbeiten für Hungerlöhne in Hospitalen, tun die Schmutzarbeiten für die Stadtverwaltungen, arbeiten unterbezahlt in den Haushalten der Weissen. Das muss ein Ende haben. Um es noch einmal zu sagen, ich glaube an den schwarzen Sozialismus. Meine Hoffnung liegt nicht in der Nixon-Regierung, sondern in der Jugend Amerikas und in allen guten Menschen in allen Ländern dieser Erde.»

Die Verbitterung der Farbigen gegen das Nixon-Regime wächst. Mit dem «Schlager» vom Schwarzen Kapitalismus hat der 37. Präsident der Vereinigten Staaten die Ungeduld für eine Weile stoppen wollen und können. Man schätzt, dass Nixon im November 15 Prozent der Negerstimmen bekommen hat. — Doch nicht nur die Farbigen allein gaben die passende Antwort. Auch Männer wie Edward Kennedy haben sich den Negern in dieser Haltung zugesellt und die nüchterne Rechnung aufgestellt, deren nüchternem Ergebnis sich auch die Regierung Nixon nicht lange wird entziehen können.

Man hatte geplant, ein bestimmtes Kapital für die Schwarzen freizustellen, mit dem diese eine eigene «Volkswirtschaft» auf die Beine stellen sollten. Das, was Neger und objektive Weisse als ungerecht und beschämend

empfinden, ja als verlogen abtun, ist die Tatsache, dass man damit einem etwa elfprozentigen Bevölkerungsteil mit einer grossen Geste der Gutmütigkeit den Bruchteil eines Prozentes des amerikanischen Wirtschaftsvolumens zur Verfügung gestellt hätte. Und ausserdem fangen die Neger an, sich vor Augen zu führen, dass — wären die Mittel sehr grosszügig — der Schwarze Kapitalismus versagen müsste, wenn er nicht an die weisse Wirtschaft ausserhalb der Ghettos geknüpft wäre.

Verlogenheit an allen Stellen. Das traurige Fazit, das Abernathy stellt, dem sich viele Weisse anschliessen. Der Farbigenführer ist enttäuscht davon, dass kein Geschichtsbuch Amerikas die Tatsache erwähnt, dass der Kapitän eines der Schiffe der Flotte, mit der Kolumbus Amerika entdeckte, ein schwarzer Afrikaner war. «Nicht irgendein Matrose, sondern der Kapitän», betont er. Aus solchen Fehlern will das «ehrliche» Amerika lernen. Mit dem Bemühen, eine gemeinsame Geschichte von Schwarz und Weiss darzustellen, hat man schon begonnen. Doch wurde es, wie so oft in solchen Fällen in den Vereinigten Staaten, schnell zur Masche, zur afro-amerikanischen. Universitäten und Schulen fangen an, sich auf die Suche der Schwarzen nach ihrer historischen Vergangenheit in der Neuen Welt einzustellen. Bücher über dieses Problem werden zu Bestsellern. Die Farbigen verschlingen sie in ihrem Eifer, die eigene Geschichte ergründen zu wollen; die Weissen lesen sie meist, um «up to date» zu sein.

Teile des offiziellen Amerika spielen dabei jedoch nicht mit. So verschweigt der Ergänzungsband für 1968 der «World Encyclopaedia», der im Frühjahr erschienen ist, auf seinen Bildseiten zu den Olympischen Spielen in Mexiko alle fabrigen Medaillengewinner. Und unter dem Stichwort «Demokratischer Parteitag in Chicago» begeht dieses Lexikon sogar eine Geschichtsfälschung, indem es 67 Delegiertenstimmen so manipuliert, dass man den ersten Neger, der jemals auf einem derartigen Konvent als Kandidat für das höchste Amt im Staate vorgeschlagen wurde, Reverend Channing Phillips, einfach unterschlägt und somit nicht zu erwähnen braucht. Die Rechnung geht auf. Ohne dieses Stück schwarzer Wahrheit, schwarzer Geschichte. Das Stimmergebnis ist für das Lexikon strahlend weiss und somit rassenrein.

Auf dem Parteitag der Demokraten, der Chicago zum Gangster- und Schlachthof-Klischee auch noch das Image einer «Gestapo» bescherte, war Phillips eine kleine Sensation. Hinter den Plakaten, die ihn im Weissen Haus wissen wollten, liefen nicht nur die Vertreter der afro-amerikanischen Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Die Stimmen, die freilich nichts am Endergebnis für Humphrey änderten, stammten nicht nur von farbigen Delegierten. Bei einem Gespräch im «Zentrum für Internationale Beziehungen und Verständigung» der American University in Washington, deren 13 000 in der Mehrzahl weisse Studenten einen Stipendiaten aus dem Schwarzen Afrika zu ihrem Sprecher gewählt haben, skizziert Phillips sein politisches Konzept. Die Black-Power-Bewegung ist für ihn der

«Aufschrei der Unterdrückten». Er freut sich, dass der Afro-Amerikaner in die Arena des öffentlichen Lebens gegangen ist, um seinen Platz in der Gemeinschaft einzunehmen. Die Reaktion der Weissen auf dieses Bemühen des einst laut Verfassung Sechzigprozentigen sei leider so gewesen, dass die Neger «die Macht der Destruktion und Gewalttätigkeit entdecken mussten, um in ihrem Aufschrei gehört zu werden».

Die Brutalität der Auseinandersetzung sei durch das Fernsehen in das Wohnzimmer der Nation gelangt, habe ansteckend gewirkt auf die Ungeduldigen unter den Betroffenen, abstossend auf alle Weissen, die die Neuerungen der Verfassung erfüllen wollten, und anfeuernd auf die weissen Rassisten, die sich der Gesetzgebung unter keinen Umständen beugen wollten. Reverend Phillips möchte erreichen, dass alle Armen der Nation gleich welcher Hautfarbe mit einer Stimme sprechen, um eine «weitere Explosion der Frustration, der totalen Hoffnungslosigkeit, zu verhindern». Er schildert Einzelfälle, die er um Tausende erweitern könnte. Und das alles in einem Land, das «den Anspruch erhebe, eine freie Gesellschaft zu sein». Von den diversen Untersuchungsausschüssen der Regierung zum Thema «Arme in den USA» hält er nichts. Der Schwarze Kapitalismus ist für ihn ein falsches Versprechen. Er bemängelt — ähnlich wie King-Nachfolger Abernathy —, dass mit dem Kapital eben nur ein Bruchteil dessen freigemacht würde, was den Negern anteilmässig zustünde. «Ausserdem ist der Neger nicht genug vorbereitet — dank langen Jahren der Unterjochung —, um in der Arena der Wirtschaft überleben zu können.» Wieder das Wort «Arena», um den Hintergrund des Gleichberechtigungskampfes zu beschreiben. Was er als Lösung vorschläge? «Black political Power», politische Macht für die Schwarzen, die ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Man müsse die schwarze Gemeinde politisch mobilisieren. Ansätze gebe es, meint Phillips und verweist auf die Stimmen von Delegierten aus 17 Staaten, die er in Chicago bekommen hat, auf die farbigen Oberbürgermeister von Cleveland (Ohio) und Gary (Indiana), auf den Neger-Senator Brook und die farbigen Mitglieder des Repräsentantenhauses.

Phillips geht mit der Führung des Landes etwas glimpflicher um, als es Abernathy tut. Der Rassenkonflikt wäre nie zu dem geworden, was er heute ist, hätte das Land auf das gehört, was die Führung zu sagen hatte. «Der Konflikt ist ein Streit zwischen Besitzenden und Habenichtsen», sagt er und erhärtet die These mit der Tatsache, dass im Jahre 1955 — um ein Beispiel zu nennen —, die oberen zehn Prozent seines Landes 27 Prozent des Gesamteinkommens hatten, die unteren zehn jedoch nur ein Prozent. Und mit dem 1969-Zitat aus der «Saturday Review», 21 Millionäre der USA bezahlten überhaupt keine Einkommenssteuer, schliesst er resigniert seine Ausführungen zum Thema Wirtschaft.

Auch er hat seinen Traum. «Wir haben unsere eigene Befähigung, an der Macht teilzuhaben. Wir brauchen diese Beteiligung nicht als einen Gnadenakt von den Weissen. Der einzige Weg zu überleben ist der, die

Weissen zu zwingen, mit uns als Gleichberechtigte zu leben. Nicht in der Konfrontation der weissen und der schwarzen Welt besteht für uns eine Chance, sondern in einer neuen Koalition zwischen armen Weissen, armen Schwarzen, Studenten und weissen Liberalen. Durch Vietnam hat sich die Lage hier geändert. Wir müssen auch von dem entwürdigenden Wohlfahrtssystem herunterkommen. Das Erbe des kürzlich verstorbenen Sozialdemokraten Norman Thomas hat auf die Demokratische Partei gewirkt. Ich denke an Roosevelts New Deal.

Wir Amerikaner sind in der Lage, eine weisse Gesellschaft auf die Beine zu stellen, die wir über Jahre hinweg niedergekämpft haben. Der Marshallplan. Berlin ist ein wunderbares Beispiel der Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischer Politik und amerikanischen Hilfgeldern. Ich wünsche mir eine Art von Marshallplan für die Armen meiner Heimat und eine echte Sozialdemokratie in unserem Lande.»

Dr. Otto Kuster

Das Fiasko der französischen Sozialdemokratie

Versucht man, die Resultate der französischen Präsidentschaftswahlen in bezug auf die Linke auszuwerten, stellt man fest, dass die vier Linkskandidaten (Duclos, Defferre, Rocard, Krivine) im ersten Wahlgang zusammen zwar auf den von Mitterrand 1965 erreichten Prozentsatz kommen, dass aber der von den Sozialdemokraten aufgestellte Defferre kaum die Fünfprozentgrenze überschritten hat, während die (sozialdemokratische) SFIO (Section française de l'Internationale ouvrière) 1962 immerhin 12,53 Prozent der Wählerstimmen für sich buchen konnte. Die französische Sozialdemokratie steht damit vor einem vollständigen Fiasko.

Sie hat sich selber in diese Situation hineinmanövriert. Ihr besonders von den älteren Kadern unterstützter Entschluss, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, basierte auf der Überlegung, dem Zentrums kandidaten Poher im ersten Wahlgang den zweiten Platz zu sichern und im zweiten Wahlgang seinen Sieg auch dank der sozialdemokratischen Wählerschaft zu ermöglichen, natürlich mit der Absicht, in der zukünftigen Regierung mitzuarbeiten. Dies war eine Fehlspekulation. Nicht nur gelang Poher der entscheidende Durchbruch nicht, sondern auch Defferre konnte die potentiell sozialdemokratische Wählerschaft nicht für sich engagieren. Zum grösseren Teil entschied sich diese entweder für Poher aus der Überlegung heraus, damit «nützlicher» für einen ebenfalls akzeptablen Kandidaten zu stimmen, oder sie wandte sich dem Kommunisten Duclos zu, abgestossen durch die Allianzpolitik der SFIO mit dem Zentrum. Mit dem brüskten